

## US-Gesetz gegen Boykotte: Meinungsfreiheit in Gefahr?

Ein Gesetzentwurf im US-Kongress zur Bestrafung von Boykotten gegen verbündete Länder stößt auf Kritik wegen Meinungsfreiheit.



Nachrichten AG

**USA** - Ein neuer Gesetzesentwurf im US-Kongress, der als International Governmental Organization (IGO) Anti-Boycott Act bekannt ist, steht im Zentrum einer hitzigen Debatte über die Meinungsfreiheit. Der Entwurf zielt darauf ab, Boykotte gegen befreundete Länder, insbesondere im Kontext von Israel, zu bestrafen. Kritiker befürchten, dass das Gesetz die Debatte über Israel und die Palästinenser unterdrücken könnte.

Ursprünglich sollte die Abstimmung im Repräsentantenhaus am Montag stattfinden, wurde jedoch abgesagt. Republican Congresswoman Marjorie Taylor Greene äußerte Bedenken bezüglich der Meinungsfreiheit und betonte, dass es die Aufgabe der Regierung sei, die Rechte der Amerikaner zu verteidigen,

ihre Kaufentscheidungen frei zu treffen. Auch prominente rechte Aktivisten wie Charlie Kirk und Steve Bannon haben ihre Ablehnung des Gesetzes geäußert. **Al Jazeera** berichtet, dass der Vorschlag von den Republikanern Mike Lawler und dem Demokraten Josh Gottheimer im Januar eingeführt wurde und von 22 weiteren Abgeordneten beider Parteien unterstützt wird.

## **Gesetzesentwurf im Detail**

Der IGO Anti-Boycott Act würde ein bestehendes Gesetz von 2018 erweitern, das coercive Boykotte durch ausländische Regierungen verbietet. Geplant ist, internationale Regierungsorganisationen (IGOs) in den Anwendungsbereich einzubeziehen. Verstöße könnten mit Strafen von bis zu 1 Million Dollar und 20 Jahren Gefängnis geahndet werden. Obwohl der Entwurf Israel nicht ausdrücklich erwähnt, zielt er offensichtlich auf die Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) Bewegung ab. Unter diesem Gesetz könnten US-Bürger und Unternehmen bestraft werden, die gezielt Firmen boykottieren, die laut UN in illegalen israelischen Siedlungen tätig sind.

Diese Entwicklung wirft Fragen zur Meinungsfreiheit auf, da in den letzten Jahren mehrere Bundesstaaten und die Bundesregierung Anti-BDS-Gesetze verabschiedet haben.

Während einige Gerichte diese Gesetze als verfassungswidrig einstufen, bestätigen andere deren Gültigkeit.

Menschenrechtsgruppen argumentieren, dass solche Gesetze die Debatte über Israel unterdrücken, während die Unterstützer der Anti-BDS-Bewegung behaupten, sie würden Diskriminierung gegen Israel bekämpfen und den Handel regulieren.

## **Rechte Stimmen gegen das Gesetz**

Der Widerstand gegen den IGO Anti-Boycott Act kommt nicht nur von der Linken. Auch einige Politiker der Rechten sind gegen den Entwurf. In der Vergangenheit hat die Trump-Administration bereits Maßnahmen ergriffen, um Kritik an Israel zu bekämpfen, insbesondere auf Universitätsgeländen. Antisemitismus und

Verbreitung von „ Hamas-Propaganda“ führten dazu, dass hunderte von Studenten, darunter auch rechtmäßige ständige Einwohner, die Visa entzogen wurden.

US-Vizepräsident J. D. Vance, ein Absolvent der Rechtsfakultät der Yale University, hebt in diesem Kontext die Bedeutung der Meinungsfreiheit für die Demokratie hervor. Laut **Süddeutscher Zeitung** ist das Recht auf freie Meinungsäußerung in den USA ein umkämpftes Grundrecht, das durch die liberale Rechtsprechung des Supreme Court in den letzten Jahrzehnten geprägt wurde.

Die anhaltende Kontroverse um den IGO Anti-Boycott Act zeigt, wie polarisierend die Themen Israel und die Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten sind. Der Ausgang dieser Debatte könnte weitreichende Folgen für die politische Landschaft und die individuelle Freiheit im Land haben.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ort</b>	USA
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.aljazeera.com">www.aljazeera.com</a></li><li>• <a href="http://www.sueddeutsche.de">www.sueddeutsche.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**